



**16. August 2023**

---

## **Signal der Unterstützung und Wertschätzung DPoIG Berlin und dbb berlin fordern die Zahlung einer Angriffsentschädigung!**

Die Gewalt gegen Beschäftigte der Polizei Berlin und des öffentlichen Dienstes hat ein hohes Niveau erreicht und steigt weiter an. Zugleich nimmt die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst ab. Dies wollen wir als Deutsche Polizeigewerkschaft nicht weiter hinnehmen.

Deshalb fordert die DPoIG Berlin eine Angriffsentschädigung für alle Einsatzkräfte, die im Einsatz geschlagen, getreten, geschubst oder sonst wie körperlich angegangen oder beleidigt werden. Der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf betont: *"Es ist dabei egal, ob sie verbeamtet oder tarifbeschäftigt sind."*

Mit dieser Haltung ist die DPoIG nicht alleine. Auch Frank Becker, Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion berlin, sagt: *"Wir halten es für sinnvoll, alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie ehrenamtlich Tätige, z.B. für DRK und Freiwillige Feuerwehr, entsprechend zu entschädigen."*

Die Entschädigungssumme sollte 2000 Euro pro Einsatzfall bei körperlichem Angriff betragen. Bei Beleidigungen sollten es 1000 Euro sein. Die Behörde muss von Amts wegen die Prüfung übernehmen und sofort zahlen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Voraussetzungen sind:

- Geltung für Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Ordnungsamt im Landesdienst, die in Ausübung ihres Dienstes oder in Folge der Amtsausübung durch eine rechtswidrige Handlung geschädigt werden.
- Zahlung nicht abhängig von eventuellen Schmerzensgeldzahlungen oder der Schwere der Verletzung.
- Gilt als zusätzliche, einkommenssteuer- und pfändungsfreie Unfallfürsorgeleistung.
- Voraussetzung ist außerdem ein abgeschlossenes Strafverfahren.
- Die Behörde bleibt aufgefordert, sich in all diesen Fällen bei den Tätern die Krankheits-, Unfallfürsorge- und Ausfallkosten einzuklagen.

### **Herausgeber:**

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (DPoIG), Landesverband Berlin e.V.  
Landesgeschäftsstelle Alt-Moabit 96 A, 10559 Berlin  
Tel.: (030) 393 30 73 / 74 und Fax: (030) 393 50 92  
E-Mail: [post@dpolg-berlin.de](mailto:post@dpolg-berlin.de) und Internet: [www.dpolg.berlin](http://www.dpolg.berlin)  
V.i.S.d.P.: Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender

## **Zum Hintergrund:**

### In Zahlen:

Im Jahr 2022 wurden in Berlin 8.726 Polizeivollzugskräfte Opfer eines Opferdelikts. Das sind 157 Fälle (+1,8 Prozent) mehr als 2021. Von diesen 8.726 geschädigten Polizeivollzugskräften wurden 1.565 körperlich verletzt (17,9 Prozent). 16 von ihnen wurden schwer verletzt.

(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2022, S.15-16)

Eine ähnliche Entwicklung hat jüngst die DPoIG Hamburg zum selben Vorstoß bewogen. In Hessen hat die schwarz-grüne Regierungsfraktion Ende 2021 mit dem Dienstrechtsänderungsgesetz eine Angriffschädigung bereits eingeführt

### **Herausgeber:**

Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (DPoIG), Landesverband Berlin e.V.  
Landesgeschäftsstelle Alt-Moabit 96 A, 10559 Berlin  
Tel.: (030) 393 30 73 / 74 und Fax: (030) 393 50 92  
E-Mail: [post@dpolg-berlin.de](mailto:post@dpolg-berlin.de) und Internet: [www.dpolg.berlin](http://www.dpolg.berlin)  
V.i.S.d.P.: Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender